Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1908. Nr. 134. für Anhalt und Thüringen. **Jahrgang 200.**

Bezugspreis für Halle u. Vororte 2,50 Mk. durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölf mal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Feuilletonbeil.), Jll. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigegebühren f. d. sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum f. Halle u. den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigen-Annahme b. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Telephon 158; Redaktion Telephon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr. Chefredakteur: Dr. Walther Gebensleben in Halle a. S.

Donnerstag, 19. März 1908.

Geschäftsstelle in Berlin: Dessauerstraße 14. Telephon-Amt VI Nr. 11 494. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Deutsches Reich.

* **Die Monarchenbegegnung in Venedig.** Ihre Majestäten der deutsche Kaiser und die deutsche Kaiserin mit dem Prinzen August Wilhelm und der Prinzessin Viktoria Luise werden am 25. d. Mts. 11 Uhr 35 Minuten vormittags in Venedig ankommen und auf dem Bahnhofe vom König Viktor Emanuel empfangen werden. Darauf findet ein Frühstück im Königlichen Palais statt. Nach dem Frühstück begeben sich die deutschen Majestäten, die beabsichtigen, zwei Tage in strengem Jnkognito in Venedig zu bleiben, an Bord der „Hohenzollern". Der König von Italien, der in Begleitung des Ministers des Auswärtigen Tittoni am 25. d. Mts. früh in Venedig eintreffen wird, fährt am Abend desselben Tages wieder nach Rom zurück. Den Kaiser wird der Gesandte Frhr. v. Jenisch als Vertreter des Auswärtigen Amtes begleiten.

* **Se. Maj. der Kaiser** konferierte Mittwoch morgen mit dem Reichskanzler, hörte im Königl. Schloß den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts und gewährte später dem Maler Schwarz eine Sitzung.

* **Zum Polizeipräsidenten in Königsberg** ist der bisherige Oberregierungsrat von Wehrs in Minden ernannt worden.

* **Parlamentarisches.** Die Vereinsgesetzkommission des Reichstages begann am Mittwoch die zweite Lesung des Entwurfs und erledigte die §§ 1—6 nach den Anträgen der Blockparteien. § 1 erhält folgende Fassung: „Alle Reichsangehörigen haben das Recht, zu Zwecken, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine zu bilden und sich zu versammeln. Dieses Recht unterliegt polizeilich nur den in diesem Gesetze und anderen Reichsgesetzen enthaltenen Beschränkungen. Die allgemeinen sicherheitspolizeilichen Bestimmungen des Landesrechts finden Anwendung, soweit es sich um die Verhütung unmittelbarer Gefahr für Leben und Gesundheit der Teilnehmer an einer Versammlung handelt." Ein Zusatzantrag des Zentrums zu Gunsten der Ausländer wird nach kurzer Debatte abgelehnt. Zu § 1a wird bestimmt, daß ein Verein, dessen Zweck den Strafgesetzen zuwiderläuft, aufgelöst werden kann. Die Auflösungsverfügung kann angefochten werden. Zu § 2 findet ebenfalls nur eine sehr kurze Diskussion statt. Er findet einstimmig (Sozialdemokraten und Polen enthalten sich der Abstimmung) Annahme. Danach muß jeder Verein, der eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt (politischer Verein), einen Vorstand und eine Satzung haben. Der Vorstand ist verpflichtet, binnen einer Frist von zwei Wochen nach Gründung des Vereins die Satzung sowie das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes der für den Sitz des Vereins zuständigen Polizeibehörde einzureichen. Sogenannte Wahlvereine gelten vom Tage der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages bis zur Beendigung der Wahlhandlung nicht als politische Vereine. Die §§ 3, 4, 4a und 4b, welche die Anzeigepflicht öffentlicher Versammlungen sowie die Genehmigung von Versammlungen unter freiem Himmel regeln, werden nach den Anträgen der Blockparteien angenommen, ebenso die §§ 5 und 6 betreffend die Leitung öffentlicher Versammlungen. — Die Kommission beschloß sodann auf Antrag der Blockparteien, die Beratung des § 7 des Vereinsgesetzes auf heute, Donnerstag, zu vertagen. — Wie wir später noch erfahren, ist dem Vernehmen des „W. T. B." nach über den Sprachenparagraphen des Vereinsgesetzes eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt worden: Es soll zwischen eingesessener und fluktuierender Bevölkerung unterschieden werden in den Bezirken, wo nach der letzten Volkszählung mindestens 60 Proz. der Bevölkerung fremdsprachlich und eine fremde Versammlungssprache gestattet ist, falls die Versammlung 72 Stunden vorher angemeldet ist. Erst in 20 Jahren soll nach dem Vorbilde des Gerichtssprachengesetzes vom Jahre 1876 die Landeszentralbehörde ermächtigt sein, auch in diesen Bezirken nur die deutsche Sprache zuzulassen. In Wahlversammlungen aller Art sind für das ganze deutsche Reichsgebiet alle Sprachen zugelassen.

Mittwoch abend fand bei dem Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz ein parlamentarisches Diner statt, zu dem eine große Anzahl von Einladungen an Parlamentarier aller Parteien ergangen waren.

* **Der Termin der Landtagswahlen.** Die Meldung der „Germania", daß die Urwahlen zum Abgeordnetenhause am 4. Juni stattfinden sollen, dürfte (nach der „Post") mindestens verfrüht sein. Ein definitiver Beschluß über den Wahltermin ist schwerlich schon gefaßt. Es ist aber sehr wahrscheinlich, daß die Urwahlen schon in der Woche vor Pfingsten stattfinden werden.

* **Eisenbahnfragen.** Im Finanzausschuß der bayerischen Abgeordnetenkammer erklärte Minister Frauendorfer, daß Fahrkartensteuer und Tarifreform so gut wie verurteilt seien, und daß die Verhandlungen über die Güterwagengemeinschaft zu einem günstigen Ergebnis führen werden.

* **Landwirtschaftlicher Unterricht im Heere.** Die Anregung der Erteilung landwirtschaftlichen Unterrichts im Heere ist auch in Württemberg auf einen guten Boden gefallen. Bei dem Dragoner-Regiment Königin Olga Nr. 25 in Ludwigsburg haben sich auf die Aufforderung des neuen Regiments-Kommandeurs, Majors Frhrn. Thumb von Neuburg, 52 Gefreite und Dragoner des 3. Jahrgangs freiwillig zur Teilnahme am landwirtschaftlichen Unterricht gemeldet, auch einige Offiziere und Unteroffiziere wollen an dem Kursus teilnehmen.

* **Der 18. März in Berlin.** An der Wanderung nach dem Friedhofe der Märzgefallenen, die bis gegen 6 Uhr anhielt, um welche Zeit die Begräbnisstätte geschlossen wurde, haben sich nach ungefähr Schätzung insgesamt etwa 12 000 Personen beteiligt, die 231 Kränze niederlegten, von denen bei 60 die Schleifen wegen aufreizender Inschriften entfernt wurden. Auch am Nachmittag haben die Massen der Besucher in ruhiger Ordnung den Friedhof passiert, sodaß die Polizei nicht einzuschreiten brauchte. Nach drei Uhr sind nur noch vereinzelte Besucher an den Gräbern erschienen, da um diese Zeit nach 14 Lokalen Berlins Versammlungen einberufen worden waren, in denen bekannte sozialdemokratische Redner zur Erinnerung an die sechzigste Wiederkehr des 18. März das einheitliche Thema: „Preußen" behandelten, das in der Forderung eines allgemeinen, geheimen und gleichen Wahlrechts gipfelte. Die Versammlungen waren gut besucht, sodaß schon vor 3 Uhr die meisten Lokale — 12 — wegen Ueberfüllung gesperrt werden mußten. Die beiden größten Versammlungsorte, die Säle der Bockbrauerei und Kronenbrauerei, boten jedoch noch manchen Platz. Auf der Straße vor den Versammlungsorten war sehr wenig Publikum zu bemerken; nur am Prateretheater hatte sich eine größere Masse von den unteren Ständen angehörigen Personen versammelt, die das Arbeiterlied sangen und „Hoch und Hurra das allgemeine, geheime, gleiche Wahlrecht" schrien. Als die Schutzmannschaft gegen die Demonstranten vorging, war auch hier die Ruhe bald wieder hergestellt. Die Versammlungen, die von etwa 20 000 Personen besucht waren, wurden um 5 Uhr geschlossen. Wo sich kleinere Trupps in Bewegung setzten, wurden sie bald zersprengt. — Im weiteren Verlaufe des Nachmittags stießen an der Moltkebrücke etwa 300 Personen mit der Polizei zusammen. Ferner hatten sich vor der Hartungschen Maschinenfabrik in der Wickesstraße etwa 5000 Personen versammelt, die der Schutzmannschaft Widerstand leisteten; sie wurden auseinandergetrieben. Verletzungen sind in beiden Fällen nicht vorgekommen. Ein dritter Zusammenstoß erfolgte in der Chorinerstraße Ecke Schwedterstraße. Auch hier sind Verletzungen nicht zu verzeichnen gewesen.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

56. Sitzung vom 18. März, 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Moltke.

Die dritte Lesung des Etats wird fortgesetzt beim Ministerium des Innern.

Abg. **Rosenow** (frs. Vp.) gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der 18. März ohne Blutvergießen verlaufen möge. Im übrigen nehmen die Sozialdemokraten das Jahr 1848 zu Unrecht für sich in Anspruch. Damals geb es keine Sozialdemokraten; Bürger aus allen Ständen kämpften damals gegen den absolutistischen Staat. Auch seine Partei wolle eine Aenderung des preußischen Wahlrechts; wolle sie aber nicht erreichen durch Straßendemonstrationen, sondern mit dem Stimmzettel in der Hand. (Beifall links.) Der Redner bespricht dann die Nichtgenehmigung einer Zuwendung an die Breslauer freireligiöse Gemeinde, wobei dann der Fiskus der lachende Erbe gewesen sei.

Minister **v. Moltke** verteidigt den Standpunkt der Regierung. Nicht religiöse oder politische Gesichtspunkte seien maßgebend gewesen, sondern verfassungsrechtliche. Es werde nach Möglichkeit darauf gesehen, daß der Wille des Erblassers durchgeführt werde.

Abg. **Fischbeck** (frs. Vp.) fragt, warum die Stadt Eberswalde trotz ihrer Einwohnerzahl von 25 000 nicht aus dem Landkreise ausscheiden dürfe und erörtert nochmals die Labiauer Kreisblattaffäre. Der Redner kritisiert das Verhalten des Landrats bei der Verpachtung einer Jagd im Kreise Grüneberg i. Schles.

Abg. **Reinecke**-Sagan (freikons.) verteidigt das Verfahren des Landrats im Grüneberger Falle.

Abg. **Münsterberg** (frs. Vgg.) betont, eine Dezentralisation der Verwaltung sei auch der Linken willkommen, wenn sie sich auf den Ausbau der ländlichen Selbstverwaltung stütze.

Abg. **Quehl** (kons.) wendet sich gegen den Abg. Fischbeck. Die Verfügung des Landrats in der Grüneberger Affäre war einwandfrei. Sein Standpunkt ist vom Kreisausschuß und vom Bezirksausschuß geteilt worden. Herzog Ernst Günther schreibt mir, die Hochwildbestände seien sämtlich eingegattert. Die Jagd im Sprottauer Stadtwalde haben Berliner Herren inne. (Hört! hört! rechts. Widerspruch bei den Freis.) Das hat mir Herzog Ernst Günther geschrieben. (Widerspruch bei den Freis.) Das Wort des Herzogs Ernst Günther gilt mir ebenso viel wie das des Abg. Dr. Müller-Berlin. (Zuruf bei den Freis.: Aber nicht mehr!) Bezeichnend ist, daß ein Landwirt, dem Schadenersatz nicht gewährt worden war, sich an einen prominenten Herrn der freisinnigen Volkspartei wandte, der ihn denn auch entschädigte. (Hört! hört! rechts.) Das heißt doch einen Keil in die Bevölkerung treiben und die Bevölkerungsschichten gegeneinander verhetzen. (Lebhafte Zustimmung.)

Präsident **v. Kröcher**: Ich weiß nicht, ob Sie den Ausdruck „verhetzen" auf einen Abgeordneten angewendet haben.

Abg. **Quehl** (fortfahrend): Ich glaube es nicht. (Heiterkeit.) Hätte ich es getan, so würde ich bereit sein, den Ausdruck zurückzunehmen. (Zuruf bei den Freis.: Schießen! — Heiterkeit.) Ich beflage alle Streitigkeiten zwischen großen und kleinen Grundbesitzern. Es kommt aber auch der Fall vor, wo viel zu viel Schadenersatz beansprucht wird. (Sehr richtig! rechts.) Was die in diesem Zusammenhange gegen mich erhobenen Angriffe in der Presse betrifft, so wollte man mich offenbar bei meinen Wählern diskreditieren. Ich bin Herrn Müller und Herrn Fischbeck sachlich entgegengetreten. Einige Tage später aber erschien in Berliner Blättern, die den Herren nahe stehen, ein persönlicher Angriff gegen mich, der aus einer Gerichtsverhandlung vor 7 Wochen entnommen war, ein Angriff, wie ich ihn schändlicher nicht denken kann. Das ist nicht fair. Der Artikel war in der Hauptsache und in den Einzelheiten unwahr. Aber der betreffende Wärter, den ich nach 23jähriger Dienstzeit entlassen mußte, war von den Freisinnigen direkt gebeten worden, Material gegen mich zu liefern. Da hat die freisinnige Partei nicht hervorragend vornehm gehandelt. (Beifall rechts.)

Ein Schlußantrag wird angenommen. Persönlich bemerkt

Abg. Dr. **Müller**-Berlin (frs. Vp.): Wie vorauszusehen, bin ich durch durch den Schluß der Debatte verhindert, auf die maßlosen Angriffe gegen mich zu antworten. Ich kann nachweisen, daß meine früheren Behauptungen über das Verhalten des Sprottauer und des Saganer Landrats zutreffend sind.

Präsident **v. Kröcher**: Sie dürfen nicht nachweisen, daß Sie die Wahrheit gesagt haben, sondern nur nachweisen, daß Sie etwas anderes gesagt haben. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. **Müller**-Berlin: Ich behaupte heute wie früher, daß die beiden Landräte sich die allergrößte Wahlbeeinflussung haben zu schulden kommen lassen. Herr Quehl hat einem „prominenten Herrn" meiner Partei vorgeworfen, daß er einem kleinen Manne den Wildschaden ersetzt habe.

Präsident **v. Kröcher**: Er hat aber nicht gesagt, daß der „prominente Herr" der Abg. Müller-Sagan gewesen ist. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. **Müller**: Ich habe lediglich der Not des armen Mannes abhelfen wollen. (Ahal-Rufe rechts.)

Abg. **Fischbeck** (frs. Vp.): Ich habe mit dem Artikel in den Berliner Blättern nichts zu tun. Ich bedauere, wenn persönliche Sachen in die Oeffentlichkeit gezogen werden. Soweit mein Einfluß reicht, wende ich mich dagegen. Bei der Wahlbewegung wird aber hüben und drüben gesündigt.

Abg. **Goldschmidt** (frs. Vp.): Ich wollte die rechtliche Stellung der Schornsteinfeger zur Sprache bringen. (Großes Gelächter.) Ich werde jetzt dem Minister meine Rede schreiben. (Erneutes Gelächter.)

Der Domänen- und Forstetat wird bewilligt.

Beim Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung führt

Abg. **Kölle** (b. k. P.) erneut Beschwerde über die Schädigung der Anlieger der Innerste durch die Abwässer der fiskalischen Gruben des Oberharzes.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte, an der sich die Abgg. Dr. **v. Campe** (ntl.), **Kölle** (b. k. P.) und Dr. **Voltz** (ntl.) beteiligen, wird der Etat genehmigt.

Beim Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung bespricht

Abg. Dr. **v. Böttinger** (ntl.) ausführlich die Patentabkommen mit anderen Ländern.

Abg. **v. Strombeck** (Ztr.) tritt für möglichste Ausbreitung der Meisterkurse ein.

Abg. **Meyer**-Diepholz (ntl.) bittet um Aufhebung des Erlasses, daß der obligatorische Fortbildungsschulunterricht nicht in den Abendstunden erteilt werden darf.

Der Etat wird bewilligt.

Beim Etat der Eisenbahnverwaltung bemängelt

Abg. **Brütt** (freik.) die Eisenbahnverhältnisse in Rendsburg.

Abg. **Gleim** (ntl.) fordert Erweiterung des Bahnhofes Fritzlar, Dr. **Iderhoff** (freik.) weitere Ausgestaltung des Bahnhofes Emden.

Abg. Dr. **Eickhoff** (frs. Vp.) regt an, die Verwaltungsingenieure auch eine Zeitlang bei den Staatseisenbahnen zu beschäftigen.

Minister **Breitenbach** erhebt hiergegen praktische Bedenken.

Abg. **Metger** (ntl.) meint, daß bei den Sonntagsfahrkarten die Stadtbewohner z. Zt. bevorzugt werden.

Abg. **Trimborn** (Ztr.) fordert strenge Innehaltung der Bestimmungen über die Sonntagsruhe.

Abg. **Kölle** (b. k. P.) bemängelt die Verkehrsverhältnisse auf Bahnhof Goslar.

Abg. **Just** (ntl.) fordert Entwässerungsanlagen zur Erleichterung von Bahnarbeiten am Bahnhof Harburg.

Der Etat wird bewilligt, ebenso der Bauetat und einige kleinere Etats.

Donnerstag: Fortsetzung. — Schluß 5 Uhr.

Deutscher Reichstag.

125. Sitzung vom 18. März, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dernburg

Die Beratung des

Kolonialetats

wird fortgesetzt.

Staatssekretär des Reichskolonialamts **Dernburg**: Gegenüber gestrigen Ausführungen möchte ich erklären, daß auch ich die Arbeiten der Missionare anerkenne. Sie müssen aber doch das labora mehr vor das ora stellen. Selbstverständlich ist die Arbeiterfrage eine der wichtigsten für die Kolonie. Die Jnder sind notwendig. Es handelt sich bei ihnen vorläufig nur um eine wirtschaftliche Frage, um keine politische, keine nationale. Freilich kann die Jnderfrage noch eine nationale Frage werden, sie ist es aber jetzt noch nicht. Ueber die Rechtsfrage, Kodifikation des Eingeborenenrechts, werde ich erst sprechen, wenn die Antragsteller sich darüber ausgesprochen haben werden. Die Europäerschule in Dar-es-Salaam ist, wie ich auf telegraphischem Wege erfahren habe, eröffnet worden. Damit ist diese Frage erledigt. Die Alkoholfrage ist abhängig von internationalen Abmachungen, wir werden aber dafür sorgen, daß in dieser Beziehung Deutschland an der Spitze bleibt. Plantagenkulturen von Weißen sind nur in ganz beschränkten Gebieten Afrikas möglich, sie dürfen nicht überwiegen. Im Gegenteil, die Negerkulturen müssen überwiegen.

Abg. **Lebebour** (Soz.): Unsere Stellung zu der Kolonialpolitik hat sich in nichts geändert. Für uns geht auch aus den Darlegungen des Staatssekretärs mit vollster Deutlichkeit hervor, daß noch auf 100 Jahre hinaus ein Plantagenbau nicht möglich ist. Nun will man ja jetzt durch den freundlichen Bureaukratismus (Heiterkeit) eine Versöhnung der Interessen von Farmern und Negern herbeiführen. Aber daß das möglich ist, glauben wir nicht. Wie bisher die Beamten stets auf Seiten der Unternehmer gestanden haben, so wird es auch künftig sein. Um so mehr, als auch Herr Dernburg, wie wir von ihm selbst gehört haben, Rassenjustiz für Afrika proklamiert hat, Rassenjustiz mit Prügelstrafe

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190803192-10/fragment/page=0001

für die Neger. Es wird in unserem Ostafrika ebenso gehen, wie mit dem Kongostaate unter Leopold. Es wird nach wie vor bleiben bei der Ausbeutungspolitik gegenüber den Eingeborenen. Ist doch durch die deutsche Heeresverwaltung in Ostafrika seinerzeit die Hungersnot, durch die so unsagbar viele Eingeborene zu Grunde gingen, künstlich herbeigeführt worden. (Widerspruch.) Die kulturellen Absichten des Staatssekretärs werden zu Schanden werden, weil die Weißen doch nicht aus ihrer Haut heraus können. Dem Abgeordneten v. Liebert wirft Redner vor, seinerzeit als Gouverneur von Ostafrika einer dortigen Gesellschaft, der Nyassa-Gesellschaft, Versprechungen gemacht, deren Einlösung aber geradezu in der Wilhelmstraße hintertrieben zu haben.

Abg. **v. Liebert** (Reichsp.) erwidert dem Vorredner, die Sache mit der Nyassa-Gesellschaft, wie sie Dr. Hans Wagner aufgebracht habe, sei tatsächlich passiert. Er habe allerdings in der Angelegenheit späterhin seine Ansicht geändert und zwar auf Vorstellungen hin, die ihm damals von in der Kolonie Ansässigen gemacht worden seien. Aber sei es denn dem Abg. Ledebour noch niemals passiert, daß er seine Ansicht geändert hat? (Rufe rechts: Nein, nein! (Große Heiterkeit.) Er habe sich auch mit den Mitgliedern der Nyassa-Gesellschaft späterhin freundlich darüber auseinandergesetzt. Auch einigen weiteren Vorhaltungen des Abg. Ledebour tritt Redner entgegen, um dann seiner Genugtuung über die jetzige Entwickelung der Kolonien Ausdruck zu geben. Er bedauere nur, daß nicht die militärischen Ausgaben aus den Schutzgebieten-Etats herausgenommen seien, man würde dann ein noch deutlicheres Bild von der eigentlichen Entwickelung der Kolonien haben. Noch ein Punkt erscheine ihm besonders wichtig, das wirtschaftliche Verhältnis zwischen Deutschland und seinen Kolonien. Frankreich wache zum Beispiel mit Argusaugen darüber, daß nichts in die Kolonien hereingelange, was nicht aus Frankreich sei. Unsere Kolonien ständen dagegen zu uns nicht mal in einem Meistbegünstigungs-Verhältnis. Das müsse geändert werden. Mit Genugtuung erkenne er an, daß der Staatssekretär so sehr sein Interesse für die Pflanzer betont habe. Er wünsche nur, daß aus den Worten Taten werden. Heute habe er mit der Usambara-Post Nachrichten bekommen, daß dortige Ansiedler sogar willens seien, auszuwandern. Die gestrigen Sätze des Staatssekretärs über die Behandlung der Eingeborenen unterschreibe er. Unerläßlich sei seitens der Pflanzer gute Behandlung der Neger. Wer einmal den Namen „Bana mtali" (böser Herr) erhalten habe, bekomme nie wieder Arbeiter. Man rede von der Arbeitsunfrist der Neger. Nun, dieser halte es so wie auch andere europäische Arbeiter. Mäßige Arbeit, aber sie darf nicht ausarten. (Heiterkeit.) Ein Arbeitszwang, wie in West-Usambara, Ausgabe von Arbeitsmarken für 80 Tage im Jahre habe sich bewährt. Die Leute haben dann noch Zeit, ihre doppelte Ernte im Jahre einzuheimsen. Am nächsten liege aber das Mittel, einen moralischen Arbeitszwang auszuüben durch Steuern. Ihm selbst könne sicherlich niemand eine Maßnahme während seiner vierjährigen Gouverneurzeit nachweisen, die zu strenge oder grausam gewesen sei; aber Sentimentalität sei auch nicht angebracht. Dauernde Arbeit sei dem Neger sehr unangenehm. Im ganzen sei Ostafrika ein gesundes Land. Jeder deutsche Ansiedler sei dort für uns von größtem Wert wegen seines Umsatzes mit dem Mutterlande. Jeder Ansiedler mit Familie repräsentiere für uns einen Umsatz von 3000 Mk. Er pflichte dem bei, daß der Eingeborene das wichtigste Aktivum der Kolonie sei, aber — vor allem müsse die Landwirtschaft gepflegt werden. (Bravo.)

Abg. **Wiemer** (frs. Vgg.): Der Vorredner hat über die Behandlung der Eingeborenen doch etwas anders geurteilt als der Staatssekretär, und erst recht tun dies die Farmer. Im ganzen scheint dieses Haus wenigstens dem Grundgedanken des Dernburgschen Programms zuzustimmen. Außerhalb dieses Hauses, im Volke, haben diese Grundgedanken jedenfalls ein verständnisvolles Echo gefunden. Der Krieg in Südwestafrika hat uns nicht nur große Opfer gekostet, sondern uns auch gezeigt, daß unser bisheriges Kolonialsystem tatsächlich ein falsches war. Für meine Freunde habe ich zu erklären, daß wir die Grundsätze des Programms des Staatssekretärs billigen und sie auch für durchführbar halten. Im Gegensatze zu den Sozialdemokraten haben wir nie die Kolonialpolitik an sich bekämpft, sondern nur das bisherige falsche System. Wird dieses geändert, so haben wir keinen Anlaß, uns ablehnend zu verhalten, und werden vielmehr jeden Vorschlag nach seinem sachlichen Wert beurteilen. Erstes Erfordernis ist Herstellung des Gleichgewichts zwischen den Interessen des Reiches und dem Nutzen der Schutzgebiete. Diese müssen finanziell auf eigene Füße gestellt werden. Die Bahnprojekte werden wir in der Kommission prüfen. In allem aber binden wir uns nicht dahin, mit dem Staatssekretär nur durch Dick und Dünn zu gehen.

Staatssekretär **Dernburg**: Wenn der Abg. v. Liebert meint, daß wir uns in der Debatte genähert hätten, so muß ich das von meinem Standpunkte verneinen. Sie stehen auf dem Standpunkte, wir müssen die Neger zur Arbeit erziehen im Interesse der Farmer und Pflanzer. Sie meinen, die Regierung müsse den Farmern und Pflanzern Arbeiter verschaffen. Das ist Aufgabe keiner Regierung. Wir wollen die Schutzbefohlenen zur Arbeit erziehen in ihrem eigenen Interesse. Noch in einem andern Punkte unterscheide ich mich von Herrn v. Liebert: das ist die Frage der Ansiedler. Ich bin da vielleicht sehr unvorsichtig. Man sagt mir vielleicht: Was dich nicht brennt, das blase nicht! Ich wünsche ja selbst Ansiedler. Aber ich muß doch davor warnen, Ansiedler mit aller Gewalt heranzuziehen. Mit Herrn Ledebour will ich nicht streiten. Es gibt Leute, die sind farbenblind. (Heiterkeit.) Herr Ledebour spricht abfällig über meine Aeußerung von Rassenjustiz und Prügelstrafe. Aber jeder muß behandelt werden nach seinem Rechts-Standard. Was die Prügelstrafe anlangt, so ist diese für die Neger immer noch besser, als wenn Sie sie in Ketten schließen, was doch je nachdem sonst geschehen müßte. Dem Abg. v. Liebert müsse er noch sagen, wenn irgendwem irgendwas nicht passe, so drohe er damit, weggehen zu wollen. So sei es in Ostafrika, so in Kamerun. Und wenn er gerade jetzt solche Prüfungen höre unter Hinweis auf das neue System, so antworte er: Das neue System ist ja noch gar nicht da, es kommt auf! (Große Heiterkeit.) Er berufe sich da übrigens auf einen Zeugen, den Herr von Liebert nicht werde disqualifizieren wollen, nämlich Herrn v. Liebert selbst. Dieser habe noch in der Kommission selbst gesagt: 100 Farmer machen mehr Arbeit als 10 Millionen Farbige! Wenn also die Farmer jetzt schon mit Weglaufen drohen wegen des neuen Systems, das noch gar nicht da ist, sondern erst kommt, so antworte ich ihnen: Wartet doch erst ab!

Abg. **Lattmann** (wirtsch. Vgg.) stimmt dem Staatssekretär darin bei, daß das Verständnis im Volke für Kolonialpolitik gewachsen sei. Sogar die Sozialdemokratie sei von diesem Verständnis angefressen. Natürlich Herr Ledebour und andere ausgenommen. (Heiterkeit.) Bemängeln müsse er an den Ausführungen des Staatssekretärs doch die starke Betonung der Rechte der Schwarzen unter Hintanstellung der Rechte der Weißen. Um so mehr habe er sich gefreut, über die vom Staatssekretär zugestandene Notwendigkeit der Rassenjustiz. Der Rassenunterschied bestehe nun einmal, und ihm müsse Rechnung getragen werden. Die Frage der Ansiedlung von Weißen, d. h. der kleinen Ansiedlungen werde erst richtig gelöst werden können, wenn ausreichend Bahnen gebaut seien. Dasselbe gelte für die Negerkulturen. Die Bahnen bleiben also das A. und O.

Abg. **Schrader** (frs. Vgg): Im Gegensatz zu Herrn Ledebour rechnen wir nicht mit dem, was war, sondern mit dem, was ist, und wir hoffen, aus dem, was ist, wird noch etwas werden. Wir billigen die Stellung des Staatssekretärs zu den Eingeborenen und zu den eingewanderten Weißen. Die Kolonien sind Schutzgebiete und nicht Ausbeutungsgebiete.

Schluß des Berichts 6 Uhr.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Das österreichisch-ungarische Geschwader ist von Barcelona nach Gibraltar in See gegangen.

Das Befinden des Kaisers Franz Joseph ist andauernd günstig. Die Nacht auf Mittwoch verbrachte der Kaiser in ruhigem, gesundem Schlafe. Das Befinden war am Mittwoch tagsüber gut. Der Schnupfen hat an Intensität abgenommen. Durch den den Schnupfen begleitenden Husten sind die Bronchien etwas angegriffen. Doch ist der Husten leicht und locker. Alle Symptome lassen darauf schließen, daß die Unpäßlichkeit bald gehoben sein wird.

Frankreich. Nach einer Meldung aus Bordeaux wurde das einer Fischereigesellschaft am Golfe von Gascogne gehörige Schiff „Baleine" mit einer Besatzung von 19 Mann beim Kap Judi von Marokko gekapert. — Wie wir später aus Paris erfahren, beabsichtigt das Marineministerium zum Zwecke der Befreiung der gefangenen Matrosen der „Baleine" ein Kriegsschiff an das Kap Judi zu entsenden.

Rußland. Bei der Beratung des Flottenbaukredits in der Landesverteidigungskommission wurde unter anderem beschlossen, die Kredite für den Bau neuer Linienschiffe für das Jahr 1908 abzulehnen, die Kredite für die im Bau begriffenen Schiffe, sowie für Artillerie, Torpedoboote, Unterseeboote und Flottenbasen zu bewilligen und den planmäßigen Wiederaufbau der Flotte bloß bei voller Reorganisation des Marineministeriums und bei gesetzlicher Festsetzung des Bauprogramms auf mehrere Jahre für möglich zu erachten. Die Ablehnung des Baues der Linienschiffe für das Jahr 1908 erfolgte mit 19 gegen 14 Stimmen bei einer Stimmenthaltung.

Türkei. Der bulgarische diplomatische Agent in Konstantinopel Gescho machte den dortigen Botschaften und der Pforte die Mitteilung, daß die neue bulgarische Regierung gegen die Organisierung von Banden in Bulgarien und gegen Grenzübertritte die strengsten Maßregeln ergriffen habe.

Norwegen. Der König hat folgende Zusammensetzung des neuen Ministeriums genehmigt: Gunner Knudsen, Generalkonsul Christophersen, Schuldirektor Karl Seip, Telegraphendirektor Heftye, Ingenieur Ihlen, Landrichter Castberg und Abrahamsen und Hofbesitzer Foosnäs. Von den neuen Ministern gehören die Storthingsmitglieder Knudsen, Ihlen, Castberg und Abrahamsen zur radikalen Partei. Die Verteilung der Departements ist noch nicht erfolgt.

Marokko. Nach einer Meldung aus Casablanca ist das Lösegeld für die von Räubern gefangen gehaltenen Europäer Paret und Bianchi bei der dortigen Lokalbank hinterlegt worden. Die Gefangenen werden am 19. März in Casablanca eintreffen.

Später wird aus Casablanca vom 16. d. Mts. noch gemeldet: Für das Lösegeld der Gefangenen Paret und Bianchi haben der französische und der italienische Konsul die Gewähr übernommen. Der Dampfer „Neustria" mit Truppen an Bord ist seit zwei Tagen hier, kann aber der bewegten See wegen nicht anlegen.

Aus Settat wird vom 14. März gemeldet: General d'Amade hat sein Lager am Ued Tamasin gestern 7 Uhr verlassen, um sich nach Settat zu begeben. Die Truppen zogen mit klingendem Spiel in Settat ein. Am Nachmittage traf der Journalist Houet, begleitet von drei Franzosen und einem Italiener, im Hauptquartier ein. Sie kamen von Mulay Hafid, um dessen Vorschläge zu wiederholen. Hafid behauptet, die am 10. März geschlagene Mahalla Sektani habe sich gegen seinen Befehl in ein Gefecht eingelassen. Er wirft den Franzosen vor, den Schauiastämmen Parteigänger des Abdul Asis als Kaids aufdrängen zu wollen und fordert, Frankreich solle seinen Vormarsch nach Rabat gestatten, wo er seinen Bruder aufs Haupt schlagen wolle. Unter dieser Bedingung verbürge er sich für die völlige Beruhigung der Schauiastämme und für die Anerkennung aller von Abdul Asis eingegangenen Verpflichtungen. Außerdem fordert er die Zurückziehung der französischen Truppen. Die Gesandten Hafids wurden von General d'Amade empfangen und gebeten, ihr Lager außerhalb der französischen Truppenlinie aufzuschlagen. Die Truppen marschierten mittags von Settat ab.

General d'Amade telegraphiert ferner aus Casablanca vom 17. März, daß die Stämme Schauia, Schiudma und alle Ouled Said sich unterworfen haben.

Schließlich ist noch zu erwähnen, daß Regnault und Lanoten in Casablanca angekommen sind und daß die französische Budgetkommission die Ergänzungskredite für Marokko genehmigt hat.

Bei Redaktionsschluß geht uns noch folgende Meldung zu: Wie die der französischen Regierung nahestehende „Agence Havas" versichert, entbehrt die in der gestrigen Nummer des „Gaulois" enthaltene Meldung über einen Wechsel in der Richtung der französischen Marokko-Politik tatsächlich jeder Begründung. In dem genannten Blatte war gesagt worden, die französische Regierung sei entschlossen, das Abkommen von Algeciras zu kündigen und die Einberufung einer neuen Konferenz zu verlangen.

XXIII. Landtag der Provinz Sachsen.

4. Sitzung.

—h. Merseburg, den 18. März 1908.

Die Sitzung wird um 12 Uhr 20 Minuten durch den Herrn Vorsitzenden eröffnet; nach Erledigung der geschäftlichen Mitteilungen wird in die Tagesordnung eingetreten.

1. Bericht der Feuersozietätskommission über die ungedruckten Vorlagen des Königlichen Ober-Präsidenten:

a) betreffend die Rechnungen der Provinzial-Städte-Feuersozietät für 1905 und 1906 und Verwaltungsbericht des Generaldirektors für 1905 und 1906 und den vorläufigen Verwaltungsbericht für das Jahr 1907.
— Berichterstatter: Abgeordneter Trenkmann; —

b) betreffend die Rechnung der Landfeuersozietät des Herzogtums Sachsen für 1905 und 1906 und Verwaltungsbericht des Generaldirektors für 1905, 1906 und den vorläufigen Verwaltungsbericht für 1907.
— Berichterstatter: Abgeordneter von Wedel; —

c) betreffend die Hauptrechnungen und den Verwaltungsbericht der Magdeburgischen Landfeuersozietät für die Jahre 1905 u. 1906.
— Berichterstatter: Abgeordneter von Wedel. —

Die Berichterstatter teilen mit, daß die Rechnungen geprüft und richtig befunden und Erinnerungen nicht zu ziehen gewesen sind und geben aus den Verwaltungsberichten ein Bild über die Vermögenslage und die Zunahme der Versicherungen, Reservefondsbestände usw. Der Provinzial-Landtag beschließt zu allen drei Vorlagen Entlastung der Rechnungsleger und nimmt von den vorgetragenen Verwaltungsberichten Kenntnis.

2. Bericht des Provinzial-Landtags-Vorstandes über die ungedruckten Vorlagen des Königlichen Ober-Präsidenten betr. die Ersatzwahlen zum Provinzial-Landtag.

Berichterstatter für den Reg.-Bez. Magdeburg: Se. Durchlaucht Fürst zu Stolberg-Wernigerode; für den Reg.-Bez. Merseburg: Königl. Kammerherr, Rittergutsbesitzer von Bülow-Diesdau; für den Reg.-Bez. Erfurt: Erster Bürgermeister Dr. Gerhardt-Halberstadt.

Die Berichterstatter teilen mit, daß für mehrere verstorbene und ausgeschiedene Mitglieder Neuwahlen erfolgt sind. Die Mandate seien geprüft und für richtig befunden; es werde gebeten, die vorgenommenen Neuwahlen für gültig zu erklären. Dies wird beschlossen.

3. Bericht der Feuersozietätskommission über die ungedruckte Vorlage des Königlichen Ober-Präsidenten betreffend die Wahl des Generaldirektors der Magdeburgischen Landfeuersozietät.

Nach Vortrag des Sachverhalts durch den Berichterstatter, Landrat von Pieschel-Burg, beschließt der Provinzial-Landtag zu der Wahl des Regierungs-Präsidenten a. D. Geheimen Regierungsrats von Arnstedt als Generaldirektor der Magdeburgischen Landfeuersozietät seine Zustimmung zu erteilen.

5. Bericht derselben Kommission über die Vorlage des Königlichen Ober-Präsidenten betreffend den Ausgabe-Etat der Landfeuersozietät des Herzogtums Sachsen für die Jahre 1908 bis 1911.

Berichterstatter, Abg. Bürgermeister Knobloch, trägt den Inhalt des Etats vor und bittet namens der Kommission um Genehmigung desselben. Dies wird beschlossen.

6. Bericht derselben Kommission über die Vorlage des Königl. Oberpräsidenten betr. den Ausgabe-Etat der provinzialständischen Feuersozietätskasse zu Merseburg für die Jahre 1908—1911. Der Berichterstatter, Oberstleutnant a. D. und Stadtverordneter Kubale-Erfurt, beantragt nach Vortrag des Etats dessen Genehmigung. Diese wird erteilt.

7. Einmalige Schlußberatung der ungedruckten Vorlage des Königlichen Ober-Präsidenten betreffend die Auszüge über Einnahme und Ausgabe beim Etat der Magdeburger Freitische für die Rechnungsjahre 1905 und 1906.

Der Berichterstatter, Stadtrat und Bankier Jaensch-Magdeburg, bringt die vom Ober-Präsidenten übersandten ebenso bezeichneten Auszüge zur Kenntnis, teilt das wesentlichste über die finanziellen Verhältnisse mit und bemerkt, daß, wie schon früher, auch 1905 und 1906 ein Teil der Freitischstellen mehrfach oder gar nicht benutzt sei, weil es am geeigneten Kandidaten gefehlt habe; auf seinen Vorschlag beschließt der Provinziallandtag: von den Auszügen Kenntnis genommen zu haben.

8. Antrag der Abgeordneten von Jagow und Gen. auf Einführung einjähriger Etatsperioden.

Berichterstatter Landrat Franz-Worbis begründet ausführlich den Antrag; er habe Bedenken gehabt, den Antrag mit zu unterschreiben, sei aber darüber hinweggekommen. Der Provinziallandtag solle der eigentliche Träger der Selbstverwaltung sein, er habe aber den größten Teil seiner Befugnisse an den Provinzial-Ausschuß übertragen. Letzterer sei nur ein kleiner Teil des Landtags, welcher mit jenem jetzt nur aller 2 Jahre zusammenkomme und naturgemäß über dessen Intentionen nicht vollständig informiert sein könne. Er wolle durchaus nicht wieder dem Provinzial-Ausschusse, noch den Organen der Selbstverwaltung den Vorwurf machen, daß sie nicht mit Gewissenhaftigkeit und Umsicht gearbeitet hätten, die Landes-Direktion habe seit der Erkrankung und dem Ableben des Landeshauptmanns Hervorragendes geleistet, er halte es aber für eine Pflicht des Landtags, dem Provinzial-Ausschusse, überhaupt dem gesamten Selbstverwaltungskörper öfter seine Ansichten zu erkennen zu geben, als dies jetzt geschehe. Die Befürchtung, daß die einjährige Etatsperiode eine Gefahr in sich berge und Unruhe in die Verwaltung bringe, sei nicht begründet, im Gegenteil solle nur Bestehendes noch verbessert werden. Es sei auf die größeren Geldkosten hingewiesen, noch größer sei aber der Nutzen; er bitte, dem Antrage zu entsprechen.

Auf Anfrage des Vorsitzenden beschließt der Prov.-Landtag sofortige erste Beratung der Vorlage. Landrat von Jagow hält die Einführung einjähriger Etatsperioden gleichfalls für wünschenswert; es könne ja — wenn sie sich nicht bewähren sollten — späterhin immer wieder zur zweijährigen Periode zurückgekehrt werden.

Oberbürgermeister Wadehn-Weißenfels ist Gegner der Vorlage; er sei überzeugter Anhänger der Selbstverwaltung, könne aber nur dringend empfehlen, es bei dem jetzigen bewährten Zustande zu belassen, keine unnötige Mehrarbeit der Verwaltung aufzubürden und den Antrag zurückzuweisen. Ein dringendes Bedürfnis zu einjähriger Etatseinführung liege nicht vor, bei solcher habe der Landtag durchaus nicht mehr Rechte wie jetzt, er komme nur häufiger zusammen; für die Verwaltung und für die Verwendung der Mittel sei die zweijährige Periode nützlicher.

Abg. **Graf v. Wartensleben** (der den Vorsitz an Oberbürgermeister Schneider abgegeben hat) bemerkt, daß er als altes Landtagsmitglied die ganze Entwickelung mit durchgemacht habe. Wenn ein Bedürfnis vorhanden sei, trete der Landtag öfter zusammen als alle 2 Jahre. Es sei vorgekommen, daß er in einem Jahre 2 mal getagt habe. Es seien keine zwingenden Gründe vorhanden, von der alten, bewährten Einrichtung abzuweichen, die nun schon über 30 Jahre bestehe. Die entscheidenden Mehrkosten würden jährlich etwa 18 000 Mk. betragen, die unbedingt gespart werden könnten; er bittet, die Vorlage zurückzuweisen, oder an eine Kommission abzugeben.

Se. Exzellenz der Herr **Oberpräsident** hält die 2jährige Etatsperiode gleichfalls für zweckmäßig und empfiehlt, sie beizubehalten, da zwingende Gründe für eine Aenderung nicht vorlägen. Wenn eine öftere als 2jährige Tagung des Landtags notwendig sei, werde er jederzeit bereit sein, die Einberufung zu einer außerordentl. Sitzung zu befürworten. Die 2jährige Periode vermindere auch unbedingt das Schreibwerk.

Oberbürgermeister **Dr. Schmidt**-Erfurt spricht sich gegen die Vorlage aus, die eine ganz bedeutende Vermehrung der Ausgaben und des Schreibwerks bedeute, ohne daß eine irgendwie nennenswerte Besserung erzielt werde. Der Hinweis auf städtische Einrichtungen sei vollständig verfehlt, bei diesen liege es in der Natur der Sache, daß das Stadtparlament öfter zusammentrete; bei der Provinz sei eine solche Veranlassung nicht vorhanden. Durch 1jährigen Etat bezw. durch alljährliche Tagung des Landtags würden die Befugnisse des Ausschusses in keiner Weise verändert werden. Man solle auch bedenken, daß es für viele Landtagsmitglieder immerhin ein Opfer sei, wenn sie sich 1 Woche und noch länger den Geschäften des Landtags widmen müßten, bei alljährlichen Tagungen werde die Ehrenamt eines Landtagsmitgliedes geradezu eine Last.

Oberbürgermeister **Dr. Rive**-Halle bittet die 1jährige Etatsperiode anzunehmen. Wenn der Landtag nur alle 2 Jahre zusammentrete, sei von den Mitgliedern eine sachgemäße Beurteilung und Beratung des Haushaltsplans nicht zu verlangen, bei alljährlichen Zusammentreten würden sich die Mitglieder mehr Sachkenntnis aneignen, weil sie näher und öfter mit den Organen der Selbstverwaltung in Berührung kämen. Die angegebenen Mehrkosten von 18 000 Mk. könnten bei einem Haushaltsoll von nahe 9 000 000 Mk. nicht in Betracht kommen. Es

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190803192-10/fragment/page=0002

bezweifle auch, daß eine Beamtenvermehrung notwendig sei, wenn 1jährige Etatsaufstellung verlangt würde; die Städte und der Staat mit der einjährigen Etatsperiode müßten ja auch mit den vorhandenen Beamten auskommen. Der 1jährige Etat biete eine größere Sicherheit für die Verwaltungsinteressen, seine Einführung werde keine Schwierigkeiten bereiten.

Oberbürgermeister Dr. Lentze-Magdeburg tritt den Ausführungen des Herrn Vorredners entgegen und bittet, die 2jährige Periode beizubehalten. In der weiteren Diskussion erklären sich Abg. Oberbürgermeister Contag-Nordhausen und Oberbürgermeister Trenkmann-Mühlhausen für die Vorlage. Ein Antrag auf Schluß der 1. Beratung wird, nachdem der Berichterstatter, Landrat Franz-Worbis, nochmals für die Vorlage eingetreten ist, angenommen und sofort die 2. Beratung beschlossen. Abg. Justizrat und stellv. Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Ludwig-Erfurt glaubt nach seiner Information, daß es gut sei, das Alte beizubehalten und die 2jährige Periode zu belassen. Der Provinzialausschuß wende seine Befugnisse richtig und zum Wohle der Provinz an, es liege keine Veranlassung vor, eine Aenderung eintreten zu lassen. Oberbürgermeister a. D. Werner-Magdeburg und mehrere Redner der 1. Beratung sprechen sich gleichfalls nochmals für Beibehaltung des jetzigen Zustandes aus. Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Wadehn wird der inzwischen eingegangene, genügend unterstützte Schlußantrag angenommen.

Bei der Abstimmung wird der vorliegende Antrag:
vom 1. April 1908 ab eine einjährige Etatsperiode einzuführen,
angenommen.

Hiernach wird die Tagesordnung für die auf morgen mitag 12 Uhr anberaumte Sitzung festgesetzt und die heutige Sitzung gegen 4 Uhr geschlossen.

Aus Nah und Fern.

Das Zentral-Komitee vom Roten Kreuz gab in seiner am 13. d. Mts. unter dem Vorsitz von Exzellenz von dem Knesebeck in Berlin abgehaltenen Sitzung einen Bericht über seine Wirksamkeit zugunsten des südwestafrikanischen Expeditionskorps, nach welchem bis jetzt 943 Angehörige des letzteren freie Brunnen- und Badekuren genossen haben und die Anforderungen nach dieser Richtung immer noch fortdauern. Auf Ersuchen des Kommandos der Schutztruppen hat das Zentral-Komitee eine Grundlage zur Bildung von Bibliotheken für unsere Truppen in Südwestafrika zu schaffen gesucht und wird binnen kurzem 5000 gebundene Bücher belehrenden und unterhaltenden Inhalts, welche es zum großen Teil der Opferwilligkeit einer großen Anzahl von Verlagsbuchhandlungen zu verdanken, zum anderen Teil angekauft hat, zur Absendung bringen. Die Konferenz der Vorstände der Landesvereine vom Roten Kreuz Deutschlands soll in den Tagen vom 26. bis 29. Mai in Dresden stattfinden. In dem in der Woche nach Pfingsten in Frankfurt a. M. geplanten Kongreß für Rettungswesen wird sich die Vereinsorganisation vom Roten Kreuz durch Vorträge, eine Ausstellung von Hilfsmitteln für den Rettungsdienst und eine Sanitätskolonnenübung beteiligen. Durch Einführung von Provinzial-Inspekteuren mit erweiterten Befugnissen wird eine Vertiefung und präzisere Durchführung der Arbeiten, namentlich auch der statutarischen Vorbereitungen für den Mobilmachungsfall angestrebt. Beratungen der Etats und Bewilligungen zu verschiedenen Vereinszwecken bildeten den übrigen Teil der Tagesordnung.

Großes Vermächtnis. Der thüringischen Stadt Weida wurden von dem kürzlich dort verstorbenen Kaufmann Schubert letztwillig 200 000 Mk. für wohltätige Zwecke vermacht.

Die Schiffbauer der Nordsee-Küste Englands haben sich mit 4356 gegen 3693 Stimmen gegen die Bedingungen des von den Arbeitgebern vorgeschlagenen Abkommens ausgesprochen.

Duell. In Petersburg fand Mittwoch morgen ein Duell statt zwischen den Generälen Fock und Smyrnow; beide waren Angeklagte im Port Arthur-Prozeß. General Smyrnow erlitt eine schwere Verwundung.

Schwerer Automobilunfall. Nach Schluß der Dienstag-Vorstellung im Bellevue-Theater zu Stettin wollten sich die beiden Direktoren des Theaters und der Schauspieler Wüsten im Automobil nach Berlin begeben. In der Nähe von Schwune stürzte das Fahrzeug die sechs Meter hohe Böschung hinab. Die beiden Direktoren wurden schwer, Wüsten wurde leicht verletzt. Alle drei fanden im Stettiner Krankenhause Aufnahme. Das Automobil ist zertrümmert.

Schießpulver als Mittel gegen — Zahnschmerzen. Ein schier unglaublicher Fall ereignete sich dem „Anz. f. d. Netzedistr." zufolge in Czarnikau vor einigen Tagen. Einer in der Friskestraße wohnenden Frau, die an Zahnschmerzen litt, war von einer Freundin geraten worden, ein gewisses Pulver zur Linderung der Schmerzen zu nehmen. Und was tat die Frau? Sie ging in ein Geschäft und kaufte ein viertel Pfund — Schießpulver, das sie in einem Topf auf das Herdfeuer stellte, um es unter fortwährendem Umrühren zu erhitzen. Das Unglaubliche geschah rasch. Der Sprengstoff explodierte, wobei die Frau furchtbare Verletzungen im Gesicht erlitt. Durch die Explosion entstanden auch im Zimmer der Frau naturgemäß größere Schäden. Das Ganze klingt so unglaublich, daß man annehmen könnte, es handle sich um einen verfrühten Aprilscherz. Leider ist dem nicht so; die bedauernswerte Frau liegt schwer verletzt im Krankenhause.

Die Chinesen und die Straßenbahn. In Shanghai ist die erste Straßenbahn in Betrieb gesetzt worden. Die elektrischen Wagen wurden von der chinesischen Bevölkerung mit Furcht und Verwunderung betrachtet.

Letzte Telegramme.

Der 18. März.

Berlin, 19. März. Ein in der Landsberger Allee radfahrender Schutzmann wurde von Demonstranten angegriffen und verletzt. Der Beamte kam die Landsberger Allee herunter, als plötzlich ein Schuß fiel, der aus einem Bierlokal zu kommen schien. Der Polizist sprang vom Rade, um den Täter zu ermitteln. Da ertönte eine Stimme: Der Schutzmann hat selbst geschossen! Der Beamte wurde hierauf von der Menge umzingelt und verletzt, während der Rufer von einem anderen Beamten sistiert wurde. Im ganzen wurden ungefähr 40 Personen sistiert. — Dem „Lokalanzeiger" zufolge fand abends um 9¾ Uhr an der Ecke der Dirksen- und Kaiserstraße ein ernster Zusammenstoß zwischen der Schutzmannschaft und Ruhestörern statt. Eine sehr große Menschenmenge, meist junge Burschen, hatte sich im Scheunenviertel zusammengerottet und wollte nach dem Schlosse ziehen. Einige der jungen Leute hatten Steine mitgebracht und schleuderten sie gegen die Beamten. Zwei Schutzleute wurden erheblich verletzt. Die Ruhestörer wurden mit der Waffe zurückgetrieben und zerstreut.

Toselli—Montignoso.

Berlin, 19. März. Dem „Berl. Lokalanz." zufolge hat sich Toselli seit Monatsfrist von seiner Gattin getrennt. Er soll bei seinen Eltern in Florenz wohnen. Aus Salzburg meldet dasselbe Blatt: Am toskanischen Hofe ist von der neuen Affäre nichts bekannt. Die Familie Toskana hat alle Beziehungen zu Frau Toselli abgebrochen. Maßgebend für den vollständigen Bruch ist nicht so sehr die Wiederverehelichung als vielmehr das unglaublich pietätlose Benehmen der Frau Toselli beim Tode ihres Vaters. Das „Berl. Tagebl." meldet dagegen aus Florenz aus zuverlässiger Quelle, daß die Ehe die denkbar glücklichste sei und daß die Gräfin Montignoso ihrer Niederkunft entgegensehe.

Haiti.

Port-au-Prince, 18. März. Die Regierung hat die Erklärung abgegeben, daß sie die Abreise der Flüchtlinge gestatte, und hat den Wunsch ausgedrückt, daß bei späteren Aufständen die fremden Gesandtschaften nicht wieder zu Asylen für Revolutionäre gemacht würden. Die französischen Flüchtlinge gingen an Bord des deutschen Kriegsschiffes. Die Flüchtlinge werden auf einer benachbarten Antilleninsel abgesetzt. Das französische Kriegsschiff überwacht die Ereignisse in Gonaives. Das energische Eintreten der europäischen Mächte rettete wenigstens einige Menschenleben. Die Hinrichtung des Majors Laracq und einiger seiner Gefährten sollte in dem Augenblicke erfolgen, als die Kriegsschiffe auf der Reede erschienen.

Börsen- und Handelsteil.

Allgemeines.

= **Hanesche Maschinenfabrik und Eisengießerei** (vormals R. Riedel u. Kemnitz), Halle a. Saale. In der am 18. März abgehaltenen Generalversammlung der Halleschen Maschinenfabrik und Eisengießerei wurden der Geschäftsbericht und die Bilanz für das abgelaufene Geschäftsjahr vorgelegt und genehmigt. Es wurde beschlossen, eine Dividende von 26 % zu verteilen, die vom 1. April cr. ab zur Zahlung kommt. Dem Vorstande und dem Aufsichtsrate wurde Entlastung erteilt, und die ausscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrates, Herr Direktor K. Krüger, Naumburg, und Herr Wirkl. Geh. Oberbergrat und Berghauptmann Freiherr v. d. Heyden-Rynsch, Berlin, wiedergewählt.

W. T. B. **Der Aufsichtsrat des Norddeutschen Lloyd** beschloß in seiner Sitzung am 18. März, der auf den 3. April einberufenen Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 4½ Prozent gegen 8½ Prozent im Vorjahre vorzuschlagen. Der Abschluß weist folgende Ziffern auf: Betriebsüberschüsse 32 697 000 (39 318 000) Mk., außergewöhnliche Reparaturen 3 230 000 (2 945 000) Mark, allgemeine Unkosten, Steuern, Zinsen usw. 5 778 000 (5 713 000) Mk., Abschreibungen 16 108 000 (16 235 000) Mk., Ueberweisungen in Reservefonds 1 846 000 (4 957 000) Mk. Die Reserven betragen 34 029 000 gegen 33 164 000 Mk. am 31. Dezember 1906.

W. **Der Verwaltungsrat der Anglo-Continental Guano-Werke** beschloß, für das abgelaufene Geschäftsjahr 7½ Prozent Dividende vorzuschlagen.

W. **Wollauktion in London,** Mittwoch, 18. März. Die in der Auktion angebotene Wolle zeigte bessere Qualität. Die Beteiligung war lebhafter bei fester Tendenz. Feine Merinos 5 Prozent, geringere 10 Prozent. Feine Crossbreds 10, geringere volle 15 Prozent, alles unter der letzten Auktion.

A. Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel.

L. **Hamburg,** 18. März. Tägliche ausländische Offerten in Mark per Tonne einschließlich Fracht-Zoll-Spesen. Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats. **Weizen:** Hardwinter II März 220 M., Rosafé 79 kg schwim. 206 M., Febr./März 207 M., April/Mai 208¾ M., Barl. Russo 79 kg schwim. 206 M., Febr./März 207 M., März/April 207¼ M., April/Mai 208¾ M., La Plata ung. 80 kg Febr./März 206¾ M., Bluestem schwim. 215 M., Walla Walla schwim. 214 M. — **Roggen:** Südr. 9 Pud 10/15 März/April 201 M., schwim. 200¾ M., 9 Pud 10 Novorossisk März/April 200 M., Western II schwim. 204 M. — **Futtergerste:** Südrussl. 60/61 kg März 139 M., April 139 M., Mai/Juni 139 M. — **Mais:** La Plata März/April 143 M., April/Mai 139 M., Mai/Juni 137¾ M., Juni/Juli 137¾ M., Odessa schwim. 146¼ M., Mixed dreiäßig März 146 M., gedarrt März 148 M.

— **Berlin,** 18. März. **(Berliner Produktenbörse.)** Die amtlich festgestellten Preise waren am Frühmarkt: Weizen, inländ. 204 00—206,00 M. ab Bahn und frei Mühle, Mai 206,75 M. Juli 209,00 M. Roggen inländ. 192,00—194,00 M. ab Bahn und frei Mühle. Hafer, märk., mecklenb., pomm., preuß., pos. und schles. fein 171,00 bis 184,00 M., mittel 161,00—170,00 M., gering 155,00—160,00 M. ab Bahn und frei Wagen, Mai —,— M. Mais amerik. mixed 156,00—159,00 M., runder 155,00—158,00 M. frei Wagen. Gerste, inländ. Futtergerste mittel und gering 150,00—158,00 M., gute 159,00—170,00 M., russ. und Donau leichte 146,00 bis 151,00 M. ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländ. und ausl. Futterware, mittel 172,00—186,00 M., feine Futter- und Taubenerbsen 187,90—198,00 M., kleine Kocherbsen —,— bis —,— M., Viktoriaerbsen —,— M. ab Bahn und frei Wagen. Weizenmehl 00 26,25—28,75 M. Roggenmehl 0 und 1 25,20—27,50 M. Weizenkleie 12,50—13,25 M. Roggenkleie 12,50—13,00 M. Mittagsbörse: Weizen, inländ. 203,00—205,00 M. ab Bahn, Mai 207,25—205,75 M., Juli 209,25—208,25 M., September 192,00 M. (am 17. c. September 190,75—192,00 M. gehandelt). Roggen inländ. 192,00—194,00 M. Mai 200,75—201,75—200,50 M., Juli 196,75—197,00—196,00 M. Hafer Mai 164,25—161,50 M. Weizenmehl 00 26,25—28,75 M. Roggenmehl 0 und 1 25,20—27,50 M. Rüböl Mai 72,00 M. G., Oktober 68,70—68,50 M.

L. **Weltmarkt,** Berlin, 18. März. Tägliche Börsennotierungen auf dem Weltmarkt in Mark für 1000 kg ausschl. Fracht, Zoll und Spesen. (Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.) Weizen: Berlin, 755 gr., Mai 205,75, Juli 208,25. Newyork, Red Winter Nr. 2 loko 157,55, Mai 159,10. Chicago Northern I Spring, Mai 157,15, Juli 130,05. Liverpool Red Winter Nr. 2, Mai 158,60. Paris Lieferungsware April 179,45. Budapest Lieferungsware April 199,20. Odessa Ulta $^{92}/_{30}$ 3—4% Bes. einschl. Bordospesen loko 169,05. Buenos-Aires Durchschn.-Qualität bordfrei —,—. Roggen: Berlin 712 gr. Mai 200,50, Juli 196,00. Odessa $^{91}/_{15}$ einschl. Bordospesen loko 145,65. Hafer: Berlin 450 gr. Mai 164,50, Juli —,—. Mais: Berlin Lieferungsware Mai —,—. Newyork mixed Mai 124,60. Buenos-Aires Durchschn.-Qualität bordfrei —,—.

Stroh und Heu.

Halle a. S., 18. März. (Mitgeteilt von Otto Westphal.) Sämtliche Preise gelten für 50 kg, und zwar bei Partien frei Bahn hier, bei einzelnen Fuhren frei Hof hier.

Roggen-Langstroh (Handdrusch): 2,80 M bei Partien, 3,00 M in einzelnen Fuhren.

Maschinenstroh für Papierfabriken bei Partien: Roggenstroh 1,25 M; Weizenstroh 1,20 M; zu Streuzwecken bei Partien: Roggenstroh 1,70 M, Weizenstroh 1,70 M, in einzelnen Fuhren: Roggenstroh 2,00 M, Weizenstroh 2,00 M; Dreidrusch bei Partien: Roggenstroh 2,25 M, Weizenstroh 2,25 M, in einzelnen Fuhren: Roggenstroh 2,50 M, Weizenstroh 2,50 M.

Wiesenheu hiesiges oder Thüringer, beste Sorten, bei Partien: 4,25 M, in einzelnen Fuhren: 4,50—4,75 M; gute fremde Sorten, bei Partien: 3,80 M, in einzelnen Fuhren: 4,00—4,25 M.

Kleeheu erster Schnitt, beste Sorten, bei Partien: 4,50 M, in einzelnen Fuhren: 4,75 M; minderwertige Sorten, bei Partien: —,— M, in einzelnen Fuhren: —,— M.

Torfstreu in 200 Ztr.-Ladungen: frei Bahn hier 1,10 M, in einzelnen Ballen: vom Lager hier 1,60 M.

Häcksel, gesund und trocken, bei Partien frei Bahn hier 2,10 M, in einzelnen vom Lager hier 2,70 M.

Hopfen.

— **Nürnberg,** 17. März. (Hopfenbericht.) Heutige Preise für: Geringe Markthopfen bis 30 M, mittel do. bis 45 M, prima do. bis 55 M. Gebirgshopfen bis 65 M, mittel Aischgründer bis — M, prima do. bis — M, geringe Hallertauer bis 40 M, mittel do. bis 55 M, prima do. bis 75 M, Hallertauer Siegelgut (Au-Wolnzach) bis 78 M, mittel Elsässer bis 48 M, prima do. bis 60 M, mittel badische bis 50 M, prima do. bis 75 M, geringe Württemberger bis 42 M, mittel do. bis 55 M, prima do. bis 75 M, mittel Posener bis 55 M, prima do. bis 70 M, Spalter Land, leichte Lagen bis 70 M, do. schwere Lagen bis — M. Für Auswahl aus Partien werden einige Mark mehr bezahlt.

Stroh und Heu.

— **Magdeburg,** 18. März. Richtstroh 5,50—6,00 Mk., Krummstroh, 4,00—4,50 Mk., Heu 8,00—9,00 Mk., für 100 kg.

Kartoffeln. Kartoffelmehl. Stärke.

— **Magdeburger Handelsbericht** vom 18. März. (Nichtamtlich). Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 25,50—25,75 M.

— **Magdeburg,** 18. März. Eßkartoffeln 6,00—7,00 Mk., für 100 Kilogramm.

— **Berlin,** 18. März. Kartoffelstärke 24,75—25,25 Mk., Kartoffelmehl 24,75—25,25 Mk., feuchte Stärke 14,50 Mk.

Spiritus.

— **Nordhausen,** 18. März. Branntwein 40 Vol.-% für 100 kg, (105—106 Ltr.) 66,50—67,50 Mk., Branntwein 45 Vol.-% für 100 kg (106—107 Ltr.) 74,25—75,25 Mk. per Loko-Lieferung. Ohne Faß ab Brennerei, nach Angabe der Vereinigung der Nordhäuser Kornbranntweinfabrikanten E. V. durch die Handelskammer notiert.

— **Hamburg,** 18. März. Spiritus fest, März 32½ G., März-April 32½ G., April-Mai 32½ G.

— **Paris,** 18. März. Spiritus behauptet, März 45,00 April 45,25, Mai-August 46,25, Septbr.-Dezbr. 41,25.

Oele und Oelfrüchte.

— **Köln,** 18. März. Rüböl loko 76,50, Mai 75,50.

— **Hamburg,** 18. März. Rüböl ruhig, loko verzollt 74,00.

— **Paris,** 18. März. Rüböl ruhig. März 83,50, April 83,75 Mai-August 80,50, Sept.-Dez. 80,00.

— **Amsterdam,** 18. März. Leinöl fest, loko 23, April 22¾, Mai-August 22⅝, Sept.-Dezbr. 22.

W. Pest, 18. März. Raps per August 16,30 Gb., 16,40 Br.

Zucker.

W. Hamburg, 18. März. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg per 100 Kilo, per März 22,00, April 22,05, Mai 22,20, per August 22,55, per Oktober 20,65, Dezember 20,30. Tendenz: Stramm.

W. London, 18. März. 96% Java-Zucker prompt ruhig, 11 sh. 4½ d. Verk. Rüben-Rohzucker Februar matt, 10 sh. 10½ d. Verk.

Kaffee.

— **Hamburg,** 18. März. Kaffee-Termin-Notierungen. Nur für Good average Santos März 32¾ G., Mai 32¾ G., September 33¾ G., Dezember 33. Tendenz: Kaum behauptet.

— **Amsterdam,** 18. März. Java-Kaffee, good ordinary, ruhig, loko 37.

— **Havre,** 18. März. Kaffee. Good average Santos März 42,50, Mai 42,75, Septbr. 42,25, Dez. 42,25. Tendenz: Behauptet.

W. Rio de Janeiro, 17. März. Kaffee. Zufuhr 7000 Sack in Rio, 17 000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— **Bremen,** 18. März. Baumwolle, ruhig. Upland middling loco 56¾ Pfg.

— **Liverpool,** 18. März. Baumwolle. Umsatz 8000 Ballen, davon für Spekulation und Export 1000 Ballen. Tendenz: Stetig. Amerikan. good ordinary Lieferungen: Stetig. Per März 5,54, März-April 5,54, per April-Mai 5,54, per Mai-Juni 5,54, per Juni-Juli 5,53, per Juli-August 5,50, per Aug.-September 5,43, per Sept.-Okt. 5,35, per Okt.-Nov. 5,28, per Nov.-Dez. 5,25.

Petroleum.

— **Hamburg,** 18. März. Petroleum fest, Standard white loko 7,55.

Metalle.

— **Amsterdam,** 18. März. Banceazinn flau, loco 85½.

— **London,** 18 März. Silber 25⁹/₁₆ Lstrl., Chili-Kupfer 59¼ Lstrl., per 3 Monate 59½ Lstrl., Blei, span. 13½ Lstrl., engl. 14¼ Lstrl., Zinn 138 Lstrl., Zink 21¼ Lstrl.

— **Glasgow,** 18. März. Roheisen. Scotch warrants — sh. — d. Warrants Middlesborough III 51 sh. 2 d.

B. Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— **Berlin,** 18. März. Städtischer Schlachtviehmarkt. Amtlicher Bericht der Direktion. Es standen zum Verkauf: 632 Rinder, 2581 Kälber, 1436 Schafe, 14 408 Schweine. Kälber: A. 84—89, B. 73—78, C. 45—52, D. ——— M. Schafe A. 74 bis 76, B. 64—67, C. 51—55, D. ——— M. Schweine: A. 54, B. 51—53, C. 48—50, D. 50 M. — Tendenz: Vom Rinderauftrieb blieben ungefähr 300 Stück unverkauft. Der Kälberhandel gestaltete sich ziemlich glatt; ausgesuchte Kälber wurden mit Preisen über Notiz bezahlt. Bei den Schafen fanden etwa zwei Drittel des Auftriebes Absatz. Der Schweinemarkt verlief glatt und wurde geräumt. Ausgesuchte Schweine brachten Preise über Notiz.

Magervieh- und Ferkelmarkt in Friedrichsfelde. (Amtlich.)

⊙ **Friedrichsfelde,** 18. März. Auftrieb: 4780 Schweine, 430 Ferkel. Verlauf des Marktes: Lebhaftes Geschäft, Preise unverändert. Es wurde gezahlt im Engroshandel für Läuferschweine: 6—7 Monate alt 31—51 M, 3—5 Monate alt 19—30 M; für Ferkel, mindestens 8 Wochen alt, 15—18 M, unter 8 Wochen alt 12—14 M.

Butter. Schmalz. Speck.

✝ **Berlin,** 18. März. Bericht von Gebr. Gause. (Originalbericht der „Hall. Ztg.") Butter: Die heutigen Notierungen sind: Hof- und Genossenschaftsbutter Ia Qual. 127—130—132 M, bo. IIa Qual. 122—129 M. — Schmalz: Die heutigen Notierungen sind: Choice-Western Steam 47,00—47,50 M, amerikanisches Tafelschmalz Borussia 49,50 M, Berliner Stadtschmalz Krone 49,00—55,00 M, Berliner Bratenschmalz Kornblume 50,00—55,00 M. Speck: ruhig.

Fleisch. Butter. Eier.

— **Magdeburg,** 18. März. Rindfleisch im Großhandel 1,08 bis 1,35 Mk., von der Keule 1,50—1,60 Mk., Hammelfleisch 1,30—1,50 Mk. Schweinefleisch 1,30—1,60 Mk., Kalbfleisch 1,40—1,70 Mk., Hammelfleisch 1,40—1,70 Mk., Speck, geräuch. 1,50—1,60 Mk., Eßbutter 2,40 bis 2,80 Mk., alles für 1 kg, Eier, für 60 Stück 3,60—4,00 Mk.

C. Neueste Handels-Depeschen.

W. New-York, 18. März. Roter Winter-Weizen loko 102½, per Mai 103½, per Juli 97⅞, per Sept. 94, per Dez. ——. Mais der Mai 76⅝, per Juli 73⅜, per Sept. ——. Mehl 4,40. Getreidefracht nach Liverpool 1½.

W. Chicago, 18. März. Weizen per Mai 95⅝, per Juli 90⅞, Mais der Mai 67½.

W. New-York, 18. März. Petroleum Standard white in New-York 8,75, do. in Philadelphia 8,70, do. in Refined Cases 10,90, do. Credit Balances at Oil City 178.

W. New-York, 18. März. Schmalz Westernsteam 8,25, Rohe und Brothers 8,35.

Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: Dr. Walther Gebensleben; für Provinz, Allgemeines, Börsen- und Handelsteil: Max Ebeling; für Lokales: i. V.: derselbe; Schlußredaktion: A. Berwecke, sämtlich in Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190803192-10/fragment/page=0003

Berliner Börse, 18. März 1908

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

1 1.Jan.	4 1.Apr.	7 1.Juli	O 1.Okt.	a 1.1.7.	d 1.4.10.	g 15.3.9.	k 15.6.12.	q_1 quartaliter	1.1.4.7.10.
2 1.Fbr.	5 1.Mai	8 1.Aug.	N 1.Nov.	b 1.2.8.	e 1.5.11.	h 15.4.10.	l 11.6.12.	q_2 do.	1.2.5.8.11.
3 1.Mrz.	6 1.Juni	9 1.Spt.	D 1.Dez.	c 1.3.9.	f 1.6.12.	s 15.5.11.	v versch.	q_3 do.	1.3.6.9.12.

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Leu, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20.40 M.

Berlin. Bankdiskont 5½%, Lombardzinsfuss 6½%, Privatdiskont 4⅝%.

Nachdruck verb.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.			
Dt. Rchs.Sch	v	3½	99.90bG
do. 1912	a	4	99.90G
fäll.1.7.08	a	3½	99.75G
fäll. 1.10.08	d	3½	99.60bG
fäll.1.4.09	d	3½	99.40G
Pr.Schatz12	a	4	99.90bG
Dt.Rchs-Anl.	v	3½	91.90bG
do. do.	v	3	82.25bG
Prss.cs.Anl.	v	3½	91.90bB
do. do.	v	3	82.25bG
BadStb.A.01	a	4	99.50bB
do. do. 02	d	3½	—.—
Bayer. Anl.	e	4	100.00G
do. u. 15	e	4	100.30bG
do. do.	v	3½	92.00bG
do. Eisb.D.	b	3	—.—
do. Ldsk.R.	f	3½	—.—
BrnschL.Sch	d	3	—.—
Brem.Anl.99	b	3½	98.80bG
do. 05u.15	d	3½	—.—
do. 96	d	3	80.25bB
Cassel Ldcr.	c	3½	—.—
do.XXI. u.17	c	3½	—.—
do.XXII.u.14	c	4	—.—
Hambg.St.R.	b	3½	—.—
do. 1907	d	4	99.20b
do.am.1900	a	4	99.75B
do.do.93/99	v	3½	92.10G
do.86.87.02	v	3	
Hessen 09	d	4	99.50B
do. 93/00	d	3½	91.25B
do.96 03-05	v	3	80.50bG
Lüb.St.A. 06	e	4	99.10G
do. do. 99	a	3½	—.—
do. do. 95	d	3	—.—
Mckl.EbSchv	a	3½	—.—
do. cs. A. 86	a	3½	—.—
do.do.90/94	d	3½	—.—
Old.StA.v.03	a	3½	—.—
do. do. v. 96	7	3	—.—
Sachs.G.StA	d	4	—.—
SachsW.Ldc	e	4	99.75G
Sächs.Stsrt.	v	3	82.20bB
Brandb.Prov	d	3½	—.—
Hann. Pr. IX.	e	3½	—.—
do. VII. VIII	d	3	—.—

Spandau 95	d	3½	92.50G
Stargard i.P.	d	3½	—.—
Stendal 01	a	4	—.—
do. 03	d	3½	90.20G
Stettin . . .	a	3½	91.00B
do. 1904	d	3½	90.00B
Teltow.Kreis	d	4	98.75B
do. do.	d	3½	—.—
Thorn01u11	d	4	97.60G
Weimar . .	a	3½	92.00G
Wiesb 79/83	v	3½	—.—
Worms . 01	a	4	98.00G
Zerbst 05 II	a	3½	90.60G

Preussische Pfandbriefe.			
Berlin. Pfdb.	a	5	115.10G
do. do.	a	4½	106.00G
do. do.	a	4	102.00G
do. do.	a	3½	94.50G
do. neue	a	4	98.75G
do. do.	a	3½	92.10G
do. do.	a	3	82.00b
LandschCtr.	a	4	—.—
do. do.	a	3½	90.75b
do. do.	a	3	81.30G
Kur- u.Neum	a	3½	—.—
do. alte	a	3½	95.00G
do. Comm.O.	d	3½	91.20b
do.	d	4	98.75b
Ostpreuss. .	a	4	100.50G
do.	a	3½	90.10bG
do.	a	3	80.50G
Pommersch.	a	3½	90.25bG
do.	a	3	80.50G
do. neuld	a	3½	90.00G
do. do.	a	3	80.50G
Posensche .	a	4	101.00bB
do. XI-XVII	a	3½	92.00B
do. Lit. D.	a	4	97.70bG
do. Lit. B.	a	3	82.25G
do. Lit. C.	a	3½	90.80B
Sächsische	a	4	—.—
do.	a	3½	92.00bG
do.	a	3	83.00G
do. neue	a	4	98.50b
Schles. altld	a	3½	—.—
do.ldsch.L.A	a	4	98.80G
do. do. do.	a	3½	92.40bG

Rss.c.EBAI.II	q_1	4	—.—
Russ.EBA.02	a	4	81.40b
do. 1905	a	4½	94.60bG
RussStaatsrt	q_3	4	74.25bG
do.Nicolai-B	e	4	—.—
do.Prm.A.64	a	5	348.00b
do. do. 66	c	5	—.—
do. Bodencr.	a	5	—.—
do.conv.Obl.	a	3,8	72.60b
SaoPaulo GA	a	5	95.40bG
SchwdStA86	f	3½	92.60b
do. do. 88	b	3	—.—
Serb.amA95	a	4	81.00bG
Siames. Anl.	v	4½	93.90G
Span.Schdkl	q_1	4	—.—
Türk AdmAnl	e	4	88.40bG
TürkBagd.A.	c	4	85.00bG
do. do. privil	c	4	—.—
do. unifiz.03	c	4	95.10b
Türk.unif05	c	4	85.20bG
do. 400FrL	—	frc.	150.00b
Ung. Goldrnt	a	4	93.75G
do. kleine	a	4	93.90b
do. Kronenrt	f	4	93.75b
do. kleine	f	4	93.75b
do.Staatsrnt	a	3½	83.80G
do.GoldA.ET	a	3	—.—
do. Lose . .	—	frc.	—.—
do.GrndentO	e	4	94.60G
Sucar.Anl88	f	4½	95.50G
do. 95	c	4½	—.—
do. 98	a	4½	95.75G
Budap. St.-A	c	4	—.—
B. Air. St.-A. 1000 L.	f	4½	—.—
do. 100 L.	f	4½	—.—
do. 20 L.	f	4½	—.—
do. Pes.	a	6	101.20G
Gothnb.A.06	h	4	—.—
Kopenh St.A.	a	3½	—.—
Lissab. St.A.	a	4	76.50b
do. 400 M.	a	4	77.25b
Mail45LireL	—	frc.	—.—
do. 10LireL	—	frc.	21.60b
Mosk. St.-A.	v	4	—.—
SofiaGold-A.	e	5	95.30b
Stockh. St.A.	k	4	—.—